

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Belegerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonetzelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Nekrolog-Kolonetzelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721** **Schluss der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr**

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Die Streikbewegung in Mitteldeutschland.

Die preussische Regierung weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Polizeikräfte in Mitteldeutschland keinerlei politische Tendenzen verfolgen. Sie richtete sich lediglich gegen die verbrecherischen Elemente, die die Sicherheit der Betriebe und der Arbeiterschaft selbst gefährden. Die Betriebsleitungen haben mitgeteilt, daß sie allein im letzten Jahre um mehrere Millionen Mark beschaffen worden sind. Die Lohnwächter wagen nicht mehr, die Arbeiter auf Diebstahl hin zu kontrollieren, da sie sonst schwere Mißhandlungen riskieren. Selbst wenn man diese Tatsache und den guten Willen des Herrn Hirsing anerkennen wollte, so muß man doch feststellen, daß er der letzte ist, der dazu geeignet wäre, mit wertsprechenden Mitteln gegen diese Kriegsnachwirkungen vorzugehen. Der Hatzist und Polenfresser aus Oberschlesien, der keine eignen Parteigenossen, die seiner Wahnsinnspolitik Widerstand leisteten, auf den Sandhaufen stellen wollte, bietet keinerlei Garantie dafür, daß diese Aktion sachgemäß durchgeführt wird.

Sie ist auch von vornherein falsch angefaßt worden, denn anstatt sich der Mitwirkung der besonnenen Arbeiterschaft selbst zu verschern, hat Herr Hirsing sich einzig und allein auf die Stipe verlassen. Wir haben keine Ursache, das hysterische Geschrei der Stoeder- und Konsorten mitzumachen, wir erwarten im Gegenteil von der Arbeiterschaft ruhige und besonnene Haltung gegenüber jeder Provokation, von welcher Seite sie immer erfolgen möge. Wir verlangen aber von der preussischen Regierung, daß sie sogleich dafür Sorge trägt, daß dem unbesonnenen Herrn Hirsing bei seiner Aktion eine Kontrollinstanz aus der Arbeiterschaft selbst zur Seite gestellt wird. Nur so wird die Ruhe in Mitteldeutschland gewahrt werden können.

Ueber die Ausdehnung der Streikbewegung liegen folgende Nachrichten vor:

Halle o. S., 22. März. Die Streikfrage im Industriegebiet hat sich gestern im allgemeinen nicht verschärft. Auf den Werken der Mansfelder Gewerkschaft ist eher eine Zunahme der Arbeitswilligen festzustellen. Im Okerzöbinger Gebiete allerdings ruht nicht nur die Arbeit selbst, sondern auch die Hilfsarbeiten werden jetzt verweigert. Radikale Elemente hielten heute früh die elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier, das einzige Verkehrsmittel der Arbeiterschaft, an und zwangen sie zur Umkehr, so daß viele Arbeiter gezwungen waren, ihren Arbeitsstellen fernzubleiben. Auch auf dem Lande ist in vereinzelten landwirtschaftlichen Betrieben unter dem Druck des Streikbessels die Arbeit niedergelegt worden. In allen Betrieben des Industriegebietes ist eine Befestigung ausgehängt worden, daß, wer innerhalb dreier Tage nicht wieder an seiner Arbeitsstelle erscheint, als aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden betrachtet wird.

III. Halle, 23. März. Die Arbeiterschaft der Peunawerke bei Halle, ungefähr 22 000 Mann, die andauernd Versammlungen abhalten, haben den Betriebsrat abgesetzt und einen Aktionsausschuß eingesetzt. In den Peunawerken muß schließlich mit dem Ausbruch des Streiks gerechnet werden. Die elektrische Bahn Seltkedt-Heilbra hat den Betrieb eingestellt.

Verhandlungen im Provinziallandtag.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die Lage im Mansfelder Streikgebiet berichtet der Lokalanzeiger: Der Streik hat auch den zusammenstehenden Provinziallandtag beschäftigt. Die kommunistische Partei hat einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: „Die Truppeneinmischungen, die größere Teile Mitteldeutschlands überschwemmen, vergrößern täglich die Gefahr blutiger Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft. Der Provinziallandtag fordert deshalb die Zurücknahme des Hirsing'schen Erlasses vom 16. März, Zurückziehung der Truppen, der Schutzpolizei und der sonstigen Polizeimannschaften aus dem bedrohten Bezirk.“ Oberpräsident Hirsing erklärte, den unhaltbaren Zuständen in der Provinz Sachsen werde ein Ende gemacht werden, das ist der feste Entschluß der Staatsregierung. Es soll damit keine Partei getroffen werden, sondern nur die Elemente, die sich außerhalb des Gesetzes gestellt haben. Die Reichstagsabgeordneten des Mansfelder Bergbaukreises haben mit Stimmenmehrheit eine Entschärfung angenommen, worin sie energisch gegen die Maßnahmen Hirsing's Stellung nehmen.

Die kommunistische Putschpolitik.

Berlin, 23. März. Die Berliner Kommunisten hielten gestern vier starkbesuchte Versammlungen ab, in denen die Lage in Deutschland besprochen wurde. Es wurde erklärt, im Augenblick sei eine Aktion noch verfrüht; aber gegebenenfalls müsse man dem mitteldeutschen Arbeiter die Solidarität beweisen.

Berlin, 23. März. (M.T.S.) Nach einer Meldung der roten Fahne aus Seltkedt ist es in Eisleben und Seltkedt zu den ersten Zusammenstößen zwischen Schutzpolizei und streikenden Arbeitern gekommen.

Die rote Fahne berichtet aus Hamburg: Eine Versammlung der Arbeiter der Vulkanwerft hat die sofortige Einstellung der Erwerbslosen verlangt und erklärt, diese Forderung erzwingen zu wollen, falls sie nicht bewilligt werden sollte.

Am Anschlag an diese beiden Meldungen fordert das kommunistische Blatt erneut die Arbeiter auf, zum Angriff auf der ganzen Linie überzugehen.

Die Waffen sprechen schon.

Eisleben, 23. März. Das Eisleber Tageblatt berichtet: Heute früh bald nach Mitternacht begann Gewehrschuss. Heute vormittag hört man Handgranatendetonationen. Die Arbeiter werden auf den Straßen mit Waffengewalt durch die Streikenden von der Arbeit abgehalten. Drei Weichen der Bergwerksbahn der Mansfelder Kupferschiefer dauernden Gewerkschaft wurden heute nacht in die Luft gesprengt. Die Stimmung hat sich dadurch verschärft, daß gestern in einer kommunistischen Versammlung ein Redner sich als der berückelte Mag Hölz aus dem Vogtlande vorstellte, der die Führung der Streikbewegung übernommen habe, eine Angabe, der jedoch kaum Glauben beizumessen sein dürfte.

Kahr und Fehrenbach einig?

München, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchner Neuesten Nachrichten melden, daß sich der bayerische Ministerpräsident mit der durch die Verabschiedung des neuen Entwaffnungsgesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags geschaffenen Sachlage befaßt habe, und daß der Ministerpräsident einmütig dem Standpunkt des bayerischen Ministerpräsidenten sich angeschlossen habe, daß die bayerischen Selbstschutzorganisationen ihrem Wesen nach nicht unter das neue Entwaffnungsgesetz fallen und deshalb aufrechtzuerhalten sind. Zu dieser Meldung wird amtlich mitgeteilt, daß über die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zu dem Gesetz über die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags im Ministerium keine Entscheidung gefaßt worden sind. Trotz dieses Dementis steht fest, daß die bayerische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Einwohnerwehren nicht unter das Entwaffnungsgesetz fallen und daß sie sich auch mit der Reichsregierung in diesem Punkte bereits verständigt hat, die gar nicht ernstlich daran denkt, die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren zu verlangen.

Wenn diese Meldung richtig ist — und es spricht sehr viel dafür —, so wird geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke begangen. Der Entente wird der Grund zu neuen „Sanktionen“ geliefert und die Möglichkeit zu erneuten Verhandlungen über die Wiederherstellungsforderungen wird erheblich erschwert.

Die Kino-Sensation des Siegesjulen-Attentats.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Polizeipräsidium hatte gestern abend wieder eine völlig unrichtige Meldung über die angebliche Verhaftung der Siegesjulenattentäter verbreiten lassen. Heute nun erfährt die Deutsche Allgemeine Zeitung von zuständiger Stelle von folgenden dem acheinispolen Vorgang: In dem Hause Am Wasser 21 in Rentölln wurden 11 Personen festgenommen, die nach den bei ihnen vorgefundenen Mitgliedskarten und nach eigenen Aussagen zum Teil der kommunistischen Arbeiterpartei angehören und unter denen man die Attentäter vermutet. (!) Die vorgefundenen Pistolen und Revolver waren sämtlich geladen und Erweckung! Außerdem sind schwarze Masken vorgefunden worden.

Eine Dena-Meldung besagt u. a.: Wie wir inzwischen erfahren, handelt es sich bei den Verhafteten um 14 der kommunistischen Partei (?) angehörende Personen, die zum Teil schwarz vorbestraft sind. Die Verhafteten sind bereits vollständig in aller Stille übergeführt, leugnen aber noch sämtlich die Tat.

Diese sensationell aufgemachten Nachrichten sind natürlich mit großer Vorsicht aufzunehmen, namentlich lassen wir es dahingestellt, ob die Polizei wirklich in den Verhafteten die Attentäter erwirkt hat. Wie unsicher die ganze Geschichte noch ist, geht schon aus dem Umstand hervor, daß die Verhafteten einmal als Angehörige der KPD, und einmal als solche der RPD, vorgestellt werden. Wie es sich damit verhält ist im übrigen gleichgültig; man wird keine dieser Parteien für die Taten oder Pläne von Verbrechern verantwortlich machen dürfen. Wobei freilich nicht zu verkennen ist, daß die Putschpolitik dieser Parteien einen großen Anreiz auf allerlei revolutionäromantisch veranlagte Phantasien ausübt und gerissenen Verbrechern die Möglichkeit bietet, sich „politisch“ zu drapieren. Putschistische Parteien werden die ungeliebte Gefolgschaft von Spitzeln und Verbrechern niemals los-

Eisenbahnerstreik in Oesterreich?

Wien, 23. März. (L.V.) Die Eisenbahngesellschaften haben Forderungen auf Lohnerhöhungen sowie Neuorganisation ihrer Bezüge erhoben und die Forderungen bis vor Oftern befristet. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Streik kommt.

Die Tragödie des ungarischen Nationalbolshewismus.

Von Julius Braunnthal, Wien.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Emigranten haben die gewesenen Volkskommissäre, Wilhelm Böhm, Alexander Garbai, Siegmund Kufsi und Jozsa Konai der internationalen sozialistischen Konferenz in Wien eine Denkschrift über die Rolle der ungarischen sozialdemokratischen Partei in der Räteregierung überreicht. Es ist das erste sozialdemokratische Dokument über das Werden und den Niedergang der ungarischen Räteregierung. Während die kommunistischen Emigranten — mit der einzigen, rühmlichen Ausnahme Vargas, der sich mit wissenschaftlichen Erörterungen der proletarischen Diktatur zu fassen — die Welt mit ihren üblen Schmähchriften über den „Verrat“ ihrer sozialdemokratischen Kampfgesossen, die treu und ehrlich im aussichtslosen Kampfe ausgeharrt hatten, überschwemmen, erachten die sozialdemokratischen Emigranten es als ihre vornehmste proletarische Pflicht, ihre ganzen Kräfte dem Kampfe wider den weißen Schrecken der Konterrevolution zu widmen. Was beispielsweise der bestgeachtete und vielverehrte Siegmund Kufsi zur Organisation des internationalen Widerstandes des Proletariats, ja der ganzen Kulturwelt gegen Horthy-Ungarn in unerträglich unbeherrschbarer, zäher Arbeit beigetragen hat, sichert ihm in der Geschichte des Sozialismus mit Recht einen hervorragenden, unvergänglichen Rang. Die Denkschrift, in der nun zum ersten Male die ungarischen Sozialdemokraten die historische Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Räteregierung feststellen, lehnt es mit würdevoller Zurückhaltung ab, an das kommunistische Mägengebilde, das ihre proletarische Ehre zu verbunkeln bemüht ist, mit der kritischen Sonde heranzutreten. Sie begnügt sich mit der Darstellung der ökonomischen, sozialen, nationalen und massenpsychologischen Triebkräfte, die Werden und Vergehen der Räteregierung verursacht haben.

Ungarn war bis zum Oktober 1918 das einzige Land Europas einschließlich der Türkei, in der die Arbeiterklasse völlig machtlos war, weder Anteil an der Volksvertretung hatte, noch selbst ein Koalitionsrecht besaß. Bis zur Revolution hatte die Arbeiterklasse weder im Parlament, noch in einer der vielen Tausenden Gemeinden einen Vertreter; es bestand außer den Gewerkschaften nicht einmal eine politische Arbeiterpartei, die zwanzigmillionenköpfige Bevölkerung des Landes konnte nur durch eine einzige sozialistische Tageszeitung beeinflusst werden. Es leuchtet ein, daß die Arbeiterklasse für ihre riesengroße Aufgabe, die ihr die Revolution stellte, geistig und organisatorisch nur ungenügend gerüstet war.

Es kam der Zusammenbruch der Monarchie. Der Volkstorn legte die feudalen und bürgerlichen Parteien, die bisher eine graulame Klassenherrschaft ausgeübt hatten, im Sturme hinweg. Der Arbeiterklasse fiel die Macht kamplos zu; sie, die Trägerin der Heilsbotschaft des Sozialismus, wurde zur selbstverständlichen Führerin der Revolution. Die Revolution hatte drei Aufgaben zu lösen: politisch, die Aufrichtung einer demokratischen Republik, national, die Scheidung der nichtmagyarischen von der magyarischen Nation, sozial, die Abschaffung der feudalen Grundbesitzer. Da aber die industrielle Arbeiterschaft die Revolution trug und führte, versuchte sie auch, soweit die Umstände gestatteten, an sozialistischen Gedanken zu verwirklichen. Was in den zwanzigen Monaten wirklich geschaffen wurde, ist gewaltig, an den Zuständen gemessen, die vor der Revolution in Ungarn herrschten. Die politische Revolution wurde restlos durchgeführt, die Befassung und Verwaltung des Staates auf breite demokratische Grundlagen gestellt, die kaiserliche Armee völlig zerstört und eine proletarische Wehrmacht geschaffen, eine sozialistische Schul- und Kulturpolitik eingeleitet. Aber das alles war wohl Voraussetzung und erster Akt zum Sozialismus, aber keineswegs seine Verwirklichung. Denn trotzdem die Arbeiterklasse unumschränkt im Staate herrschte, konnte sie es nicht verhindern, daß sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechterte. Die getriebenen Gebiete gingen bei der Aufteilung des Landes an die Nachfolgestaaten verloren, Industrie und Handel lagen infolge der allgemeinen Weltkrise und der besonderen Wirtschaftsnote aller ehemaligen Staaten der Donaumonarchie danieder, die Zahl der Arbeitslosen war riesengroß und in stetigem Wachstum, das Brot wurde knapper. Aber die Massen hatten sich gerade von der Herrschaft der Sozialdemokratie eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhofft. Sie glaubten, daß die Herrschaft der Sozialdemokratie, als die Bürgerschaft der von Wilson geforderten Demokratie, dem Lande auch einen „gerechten“ Frieden bringen werde, der ihre nationalen Empfindungen nicht verletze. Indes auch das Waffenstillstandsdiplom war grausam hart und entflammte die nationale Empörung. Die Bauern hatten von der sozialdemokratischen Regierung die Aufteilung des Großgrundbesitzes gefordert. Diese aber wollte zum Mindesten die Agrarreform gemäß den sozialistischen